

Interventionismus in den nationalen Lohnpolitiken

Lohnpolitische Diktate der Troika

Im Bereich der Lohnpolitik brachte die im Zuge der Wirtschaftskrise seit 2010 eingeführte neue wirtschaftspolitische Steuerung der EU einen grundlegenden Wechsel mit sich, nämlich von der Akzeptanz der Tarifautonomie der Kollektivvertrags-PartnerInnen hin zu einem europäischen Interventionismus in den nationalen Lohnpolitiken.

Michael Mesch

Lohnpolitische Interventionen ■

Diese Eingriffe zielen, wie sich einem Bericht der Europäischen Kommission entnehmen lässt,

- auf eine Deregulierung der Arbeitsmärkte und einen neoliberal ausgerichteten Umbau der historisch gewachsenen Kollektivvertrags (KV)-Systeme in Europa,
- auf die Dezentralisierung der KV-Verhandlungen,
- auf die Reduzierung des kollektivvertraglichen Deckungsgrades, beispielsweise durch Beschränkungen für Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Branchen-KVs,
- auf die Senkung der nationalen gesetzlichen Mindestlöhne und –

hier kommt das Ziel der Entmachtung der Gewerkschaften ganz offen zum Ausdruck –,

- auf Förderung von Maßnahmen, „die zu einer generellen Reduzierung der Lohnsetzungsmacht von Gewerkschaften führen“.

Bislang wurden zwei im Hinblick auf ihren Verbindlichkeitsgrad unterschiedliche Interventionsmethoden im Bereich der Lohnpolitik ange-

wandt: Erstere ist, die Empfehlungen der EU-Kommission an die einzelnen Länder im Rahmen der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung (des sogenannten „Europäischen Semesters“). Diese Empfehlungen, die derzeit rechtlich unverbindlich sind, könnten in Hinkunft im Zusammenhang mit dem neu eingeführten Frühwarnsystem, das ausdrücklich die Möglichkeit finanzieller Sanktionen beinhaltet, einen höheren Grad an Verbindlichkeit annehmen.

Die zweite Methode des Eingreifens, die einen wesentlich höheren Verbindlichkeitsgrad aufweist, sind die lohnpolitischen Maßnahmen in den Vereinbarungen zwischen der Troika bzw. des IWF und der EU mit den nationalen Regierungen der finanziell unterstützten Länder. Bislang mussten neun von der Krise besonders betroffene EU-Länder finanzielle Unterstützungen von der Troika (EU, Europäische Zentralbank, IWF) bzw. von EU und IWF in Anspruch nehmen: Griechenland, Zypern, Italien, Spanien, Portugal, Rumänien, Ungarn, Lettland und Irland.

Die tiefgreifenden Veränderungen in den nationalen KV-Systemen, welche diese Vereinbarungen enthielten, kamen durch ein – mehr oder weniger intensives – Zusammenwirken von AkteurInnen in den be-

treffenden Ländern (v.a. auf der ArbeitgeberInnenseite und in neoliberal-konservativen Regierungen, entsprachen doch die Veränderungen vielfach lange gehegten Forderungen derselben) und den unterstützenden Institutionen zustande, wobei die Initiative oft von der Troika ausging.

Lohnpolitische Interventionen in neun EU-Ländern

Zur Lage der Gewerkschaften in Griechenland und Spanien ■

Im Folgenden sollen die gewerkschaftlichen Machtressourcen und deren Veränderungen während der Wirtschaftskrise in den südeuropäischen Ländern (GR, I, E, P) kurz umrissen werden, in erster Linie anhand der Beispiele Griechenland und Spanien.

Verankert waren die Gewerkschaften in Südeuropa in den 2000er-Jahren v.a. in den Stammebelegschaften des öffentlichen Sektors, in Spanien und Italien auch in jenen der Großunternehmen der Industrie und des privaten Dienstleistungssektors. Unter den Randbelegschaften, insbesondere den atypisch Beschäftigten, waren sie hingegen nur sehr schwach vertreten.

Trotz der besonders ungleichen Verteilung ihrer organisatorischen Stärken verfügten die Gewerkschaften in Südeuropa vor der Wirtschaftskrise über ein erhebliches Maß an institutioneller Macht. Diese beruht auf Institutionen, die Quellen der Unterstützung für sie darstellen ➤